

„Es ist möglich, das Wasser zurückzuhalten“

Mehr als 180 Menschen verloren während der Flutkatastrophe vor drei Jahren ihr Leben – Cornelia Weigand, Landrätin des Kreises Ahrweiler, spricht darüber, was es braucht, um Ereignisse wie 2021 zu verhindern

Kreis Ahrweiler. Drei Jahre nach der Hochwasserkatastrophe in der Eifel und an der Ahr, bei der mehr als 180 Menschen ihr Leben verloren, arbeitet die gesamte Region im Einzugsgebiet der Ahr daran, die Vorsorgemaßnahmen vor Hochwasser und Starkregen zu verbessern. Erste Berechnungen eines überörtlichen Maßnahmenplans für das 900-Quadratkilometer große Gebiet, zu dem auch der Kreis Euskirchen, die Gemeinde Blankenheim und die Stadt Bad Münstereifel zählen, haben ergeben, dass die Wassermassen der Flut von 2021 durch entsprechende Baumaßnahmen zurückgehalten werden können. „Das habe ich nicht zu träumen gewagt“, sagt Cornelia Weigand, Landrätin des Kreises Ahrweiler. Jetzt geht es an die Umsetzung, die nach groben Schätzungen mindestens 20 Jahre dauern wird und bis zu zwei Milliarden Euro kosten könnte.

Frau Weigand, wie ist die Lage im Ahrtal drei Jahre nach der Hochwasserkatastrophe?

Cornelia Weigand: Mit Blick auf die Gefühlslage muss man sagen, dass schon allein die Ankündigung, es könne zu einem Starkregen kommen, bei vielen im Ahrtal Ängste auslöst. Viele Menschen an der Ahr sind schwer traumatisiert. Das war ein Ereignis, das sich nicht mit einem Verkehrsunfall vergleichen lässt. Das Erlebte wird uns bis in unser Grab begleiten und in dem ein oder anderen Fall auch noch die nächste Generation prägen.

Anfang Mai gab es eine Wetterlage, als in der Region vor Starkregen gewarnt werden musste.

Ja. Dabei war uns zwar schnell bewusst, dass die Gesamtsituation nicht so dramatisch werden würde wie 2021, aber die Vorhersage der Regenfälle war so ungenau, dass wir nicht wussten, ob es uns überhaupt treffen wird. Wir sind glimpflich davongekommen, dennoch sind einige Keller vollgelaufen, zum Teil auch bei Menschen, die bereits 2021 betroffen waren.

Wie hat die Kreisverwaltung auf die Starkregen-Vorwarnung reagiert?



Cornelia Weigand (parteilos) kämpft für einen verbesserten Schutz vor Hochwasser im Einzugsgebiet der Ahr. Foto: dpa



Ein abbruchreifes Haus, das durch die Flutkatastrophe im Ahrtal zerstört wurde, steht noch immer am Ufer der Ahr in Mayschoß.

Foto: dpa

Wir haben die Informationen frühzeitig an die Bevölkerung herausgegeben, mit dem Hinweis, dass noch unklar ist, welche Orte das Unwetter treffen könnte. Wir haben versucht, zu beruhigen und zu deeskalieren, standen mit einem Meteorologen aus der Region in Kontakt, der die Lage kontinuierlich bewertet hat. Als feststand, das Unwetter könnte uns streifen, haben wir die Technische Einsatzleitung in Alarmbereitschaft versetzt und eine Rumpfbesetzung hat ihre Arbeit aufgenommen. Später hat die sie dann in voller Besetzung gearbeitet.

Den nordöstlichen Teil des Kreises Ahrweiler hat es dann doch erwischt.

Ja. Dort hatten wir mehr als 300 Einsätze in kurzer Zeit. Die Technische Einsatzleitung des Kreises hat die Koordination übernommen und die Unwetter-Löschzüge aus den nicht betroffenen Bereichen zur Verstärkung losgeschickt. Das ist sehr ruhig, strukturiert und professionell abgelaufen. Es hat sich gezeigt, dass sich die Investitionen in die Prozesse, das Material und die vielen Übungen gelohnt haben. Wir haben die Menschen ruhig und sachlich informiert.

Der Kreiseinsatz sieht also gut vorbereitet zu sein.

Die Stabsstelle läuft und zeigt auch Wirkung. Sie ist aber noch nicht voll aufgebaut. Wir brauchen noch immer Personal. Das ist schwer zu finden. Im feuerwehrtechnischen Dienst kann man fast überall mehr verdienen als in den Kommunen. Die Technische Einsatzleitung, Inspekture für Brand- und Katastrophenschutz, die Feuerwehren und die Hilfsorganisationen sind hier in Rheinland-Pfalz mehrheitlich ehrenamtlich organisiert. Auch dort sind die Prozesse optimiert und die Zahl der Übungen erhöht worden. Dass wir dieses kleinere Unwetter so gut gemanagt haben, hat für viel

Ruhe und Sicherheit bei den Einsatzkräften und auch in der Bevölkerung gesorgt.

Was muss sich auf Landesebene in Rheinland-Pfalz ändern?

Es muss und wird ein Landesamt für Katastrophenschutz geben, das endlich ein Monitoring aufbauen wird, um die Wetterlage im 24/7-Rhythmus zu überwachen.

Richten wir den Blick auf die Zukunft. Ein überörtlicher Maßnahmenplan zur Hochwasser- und Starkregenvorsorge für die Region ist in Arbeit. Was soll er bewirken?

Man hat die Ahr und andere Flüsse ihrer Größe – also Gewässer zweiter Ordnung – im Hinblick auf die Hochwasservorsorge lange Zeit nicht betrachtet. Die Ahr ist aber ein Mittelgebirgsfluss. Dessen Topografie sorgt über das starke Gefälle und die Talkessel bei Starkregen für Fließgeschwindigkeiten mit einer ganz anderen Dynamik. Wenn es da regnet, hat man keinen langen Vorlauf. Das hat man völlig unterschätzt. Das gilt auch für die Ert, die Sieg oder die Swist, um ein paar Beispiele zu nennen. Wir an der Ahr haben 2021 zum ersten Mal gesehen, welche Gewalt der Klimawandel hat. Bei allen Daten, die das Land berechnet hat, ist man bei der Hochwasservorsorge immer nur retrospektiv vorgegangen. Der Klimawandel entwickelt sich aber exponentiell. Keiner weiß, wann 2021 wieder kommt.

Was muss sich ändern?

Ich habe sehr gehofft, dass wir eine Chance haben, mit einem Extremereignis wie 2021 besser umgehen zu können. Man darf nicht übersehen, dass die Wassermassen damals mehrheitlich nördlich der Wasserscheide in NRW heruntergekommen sind und sich dort in den Flüssen gesammelt haben. Es hätte uns also – und das mag ich mir nicht vorstellen – noch

schlimmer treffen können. Uns war daher schnell klar, dass wir bei der Hochwasservorsorge die Einzugsgebiete aller kleinen Bäche und Flüsse der Region großräumig betrachten müssen, um größere Mengen schon möglichst weit oben abzufangen. Im September 2022 haben wir deshalb damit begonnen, einen überörtlichen Maßnahmenplan zu erarbeiten. Dieses Projekt haben wir europaweit ausgeschrieben, zusammen mit den acht Kommunen des Landkreises Ahrweiler, den Kreisen Euskirchen und Vulkaneifel, der Stadt Bad Münstereifel und der Gemeinde Blankenheim, also für das gesamte Einzugsgebiet der Ahr. Das sind 900 Quadratkilometer, die mit Blick auf die Frage, welche Wassermassen wir eventuell wo zurückhalten können, überplant werden müssen.

Es ist technisch möglich, Wassermassen wie die von 2021 zurückzuhalten

Cornelia Weigand, Landrätin des Kreises Ahrweiler

Mit welchem Ergebnis?

Dabei ist herausgekommen, dass es technisch möglich ist, Wassermassen wie die von 2021 zurückzuhalten. Das habe ich kaum zu hoffen gewagt. Das macht sehr viel Mut. Jetzt beginnt der lange Kampf, das auch umzusetzen.

Was heißt das konkret?

In einigen Tälern an der Ahr könnten Staumauern und Rückhaltebecken gebaut werden, deren Tore sich bei Starkregen schließen, damit sich in den Poldern das Wasser sammelt. Das kann später kontrolliert abgeleitet werden. Die Gesamtkosten für den Hochwasserschutz kann man nur grob abschätzen. Sie liegen aber si-

cher zwischen ein und zwei Milliarden Euro.

Das allein für die Ahr. Wer soll das bezahlen?

Diese Diskussion müssen wir führen. Wir müssen uns ehrlich machen. Anpassung an den Klimawandel bedeutet nicht nur mehr Bäume in der Innenstadt, die Schatten spenden, oder ein isoliertes Dachgeschoss, damit man dort noch wohnen kann. Die Starkregen-Ereignisse werden sich häufen, die Waldbrandgefahr wächst. Wir reden hier über präventive Maßnahmen. Das Tollste am Regenschirm ist, wenn ich ihn nicht brauche. Wir an der Ahr werden diese Verteilungsdiskussion um Geld führen müssen und sind durch den Maßnahmenplan in der Vorreiterrolle.

Wie lange wird es dauern, bis der Hochwasserschutz steht?

Wir reden über zwei Jahrzehnte. Das sind die Erfahrungen, die wir aus dem Elbhochwasser mitnehmen. Wir müssen schneller werden. Was die Finanzierung angeht, mache ich mal die Gegenrechnung auf. Allein für das Ahrtal sind 14 Milliarden Euro an Aufbauhilfe vorgesehen – davon vier Milliarden Euro für öffentliche Gebäude und Brücken, die erst noch kommen. Wir haben darüber hinaus schon sieben bis acht Milliarden Euro verbaut, die von Versicherungen übernommen wurden. Dazu kommen der Wiederaufbau der Bahnstrecke und die Investitionen von Privatleuten und Unternehmen. Am Ende werden 25 Milliarden verbaut sein. Diese Dimension muss man sich klarmachen. Und das Wichtigste: Es geht um den Schutz vieler Menschenleben. Dann ist ein Investment von ein oder zwei Milliarden Euro auch in Ordnung.

Das Gespräch führte Peter Berger

Zahl der Katholiken in Städten sinkt

2011 gab es bundesweit 23 mehrheitlich katholisch geprägte Großstädte

Düsseldorf. Nur noch vier Großstädte in Deutschland sind mehrheitlich katholisch – und drei davon liegen in Nordrhein-Westfalen. Nicht nur in den Bischofsstädten Münster und Paderborn stellen Katholiken die größte Bevölkerungsgruppe dar, sondern auch in Bottrop im Ruhrgebiet. Dies geht aus Zahlen des Zensus 2022 des Statistischen Bundesamtes hervor. Die einzige Großstadt, in der Angehörige der katholischen Kirche noch die absolute Mehrheit bilden, ist den Zahlen zufolge das rheinland-pfälzische Trier – mit einem Anteil von 52 Prozent. 2011 gab es bundesweit 23 mehrheitlich katholisch geprägte Großstädte.

Münster zählte rund 128.500 Katholiken, etwa 20.000 weniger als bei der letzten Volkszählung 2011. Damals war noch über die Hälfte der Münsteraner katholisch. Nun ist der Anteil auf 42 Prozent gesunken. In Paderborn ging die Zahl der Katholiken auf 67.000 zurück und damit ihr Bevölkerungsanteil auf knapp 43 Prozent. Bottrop mit 118.000 Einwohnern verlor rund 10.000 Katholiken, was einem Rückgang von über acht Prozentpunkten auf rund 41 Prozent entspricht. Landesweit gehörte 2022 etwa ein Drittel der Menschen der katholischen Kirche an, elf Jahre zuvor waren es 41 Prozent.

20,3 Millionen Katholiken

Den Angaben zufolge sind in keiner deutschen Stadt mit mehr als 100.000 Einwohnern evangelische Christen in der Mehrheit. Siegen liegt in NRW mit rund einem Drittel Protestanten auf dem ersten Platz. Hier machen Katholiken nicht einmal 20 Prozent der Einwohner aus. Die größte Gruppe bilden jedoch Menschen mit anderer oder keiner Religionszugehörigkeit (rund 46 Prozent).

Die Zensus-Volkszählung kann sehr genaue Angaben zur Zahl der Christen in Deutschland machen, weil die Kirchensteuer direkt von den Finanzämtern eingezogen wird. Völlig ausgeblendet bleiben aber andere Religionen.

So enthält die Statistik keine Angaben zu Muslimen oder Juden in Deutschland. Zwar wurden für den 1,5 Milliarden Euro teuren Zensus zwischen Mai 2022 und Januar 2023 zwölf Prozent aller Bundesbürger, also rund 10,5 Millionen Personen befragt. Die Frage „Wie hältst Du's mit der Religion?“ schaffte es im Gegensatz zu Wohnungsgröße, Heizungstyp oder Kinderzahl nicht auf die Frageliste.

Die Zahl der Katholikinnen und Katholiken in Deutschland ist im vergangenen Jahr um rund 600.000 Mitglieder auf 20,3 Millionen gesunken, teilte die Deutsche Bischofskonferenz im Juni mit. Katholiken machen 24 Prozent der Bevölkerung aus. (kna)

Mehr Angriffe auf Politiker in NRW

Aggressionen und Gewalt gegen Mandatsträger in Kommunen häufen sich – Debatte über besseren Schutz

Düsseldorf. Kommunalpolitikerinnen und -politiker in Nordrhein-Westfalen werden immer häufiger angegriffen. Die Zahl der politisch motivierten Straftaten gegen haupt- oder ehrenamtliche kommunale Politiker stieg nach Angaben des Innenministeriums von 31 im Jahr 2019 sprunghaft auf einen Höchststand von 161 im Jahr 2020. Danach sank die Zahl der Delikte zwar wieder, lag aber 2023 trotzdem noch bei 75 Straftaten. Das geht aus einer Antwort des Innenministeriums auf eine Anfrage der SPD-Landtagsfraktion hervor.

In den ersten fünf Monaten dieses Jahres seien bereits 23 Delikte gegen kommunale Amts- oder Mandatsträger erfasst worden, hieß es weiter. Bei den Straftaten handelte es sich am häufigsten um Beleidigungen, gefolgt von Nötigungen und Bedrohungen. Verein-

zelt kam es aber auch zu Körperverletzungen.

Auch Sachbeschädigungen, Diebstahl und andere Straftaten an Geschäftsstellen oder Büros von Parteien oder Fraktionen nahmen seit der Corona-Pandemie wieder zu. 2020 wurden noch 60 Delikte erfasst, dann sank die Zahl während der Pandemie und stieg 2023 wieder auf 58. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres wurden bereits 35 Straftaten gegen Parteieinrichtungen gemeldet.

Zunehmende Verrohung

Zuletzt hatten im Wahlkampf zur Europawahl Angriffe auf Politiker eine Debatte über einen besseren Schutz von kommunalen Mandatsträgern und Ehrenamtlichen vor Gewalt ausgelöst. Politiker verschiedener Parteien beklagen seit langem eine zunehmende Ver-

rohung der politischen Debatte. Sie berichten von Anfeindungen, Verbalattacken, beschmierten



Beschmierte Wahlplakate im Europawahlkampf Foto: IMAGO/Jochen Tack

Plakaten und Bedrohungen. Die parteilose Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker, die

selbst einen Mordanschlag eines Rechtsextremisten überlebte, hatte einen besseren Schutz von Politikerinnen und Politikern auch auf kommunaler Ebene gefordert.

Das Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (LKA) erfasste für das vergangene Jahr insgesamt 265 Angriffe gegen Parteimitglieder und -repräsentanten beziehungsweise gegen Parteigeäude oder -einrichtungen. 2022 waren es mit 182 deutlich weniger gewesen.

In den Jahren 2022 bis 2024 hatten die meisten Angriffe in NRW Mitglieder und Einrichtungen der Grünen zum Ziel, hatte der „Kölner Stadt-Anzeiger“ kürzlich mit Berufung auf Daten des Innenministeriums berichtet. 110-mal war das 2023 der Fall. Die CDU war im Vorjahr 72-mal Ziel, die AfD 50-mal. (dpa)

5,1 Millionen sind ehrenamtlich aktiv

Düsseldorf. Gut ein Drittel der Menschen in Nordrhein-Westfalen hat sich im Jahr 2022 freiwillig engagiert. 5,1 Millionen Erwachsene gingen ehrenamtlich in ihrer Tätigkeit nach, wie das Statistische Landesamt am Donnerstag mitteilte.

1,3 Millionen Menschen engagierten sich im religiösen Bereich im Ehrenamt, gefolgt von 1,2 Millionen im sozialen Sektor und 864.000 im Sport. In Kultur und Musik waren 669.000 Menschen aktiv, in Schulen und Kindergärten 651.000. Es folgten politische Ehrenämter, Engagement für Freizeit und Geselligkeit sowie für Umwelt- und Tierschutz.

Frauen waren mit gut 37 Prozent etwas häufiger im Ehrenamt aktiv als Männer mit rund 33 Prozent. Fast jede und jeder Dritte Ehrenamtliche bringt mehr als elf Stunden Zeit für sein Engagement im Monat auf. (kna)